

Inhaltsverzeichnis

2-5 DSW-Mitteilungen

- 2 Experten-Tipp: HV-Besuch ist nicht nur wegen Stimmabgabe sinnvoll
- 2 Gericht soll jetzt Prüfer für VW bestellen
- 3 Vorstandsvergütungsstudie: Top-Verdiener kommt aus dem MDAX
- 4 Diversity: Finanzen bleiben „Männerressort“
- 5 DSW-Vizepräsident Klaus Nieding in Fachbeirat berufen
- 5 HAC-Marktkommentar: Bankenkrise in Italien – am Ende zahlt der Steuerzahler

6-7 Aktivitäten der Landesverbände

- 6 Musterverfahren gegen Volkswagen nimmt Fahrt auf
- 7 Franz Ferdinand Badelt: Rede auf der Hauptversammlung der Greenwich Beteiligungen AG
- 7 Franz Ferdinand Badelt: Rede auf der Hauptversammlung der Euromicron AG
- 7 Wolfgang Schärfe: Rede auf der Hauptversammlung der Syzygy AG

8 Konjunkturmonitor

Die Katze ist aus dem Sack

9 Börsenmonitor

Börsen im Sommerfieber

10 Veranstaltungen

10 Impressum

11 Mitgliedsantrag

Steine statt Brot



Liebe Leserin, lieber Leser,

nun ist es amtlich: In der Folge des VW-Abgasskandals hat das Landgericht Braunschweig den Weg für ein sogenanntes Musterverfahren nach dem entsprechenden Gesetz (KapMuG) bereitet. Im späten Herbst soll bei einer höheren Instanz ein solcher Musterprozess geführt werden, in dem zentral alle streitigen Fragen geklärt werden.

Das klingt erst einmal gut. Und dennoch: Für die betroffenen VW-Anleger wirkt dies wie Steine statt Brot. Letztlich zeigt das Beispiel eine große Schwachstelle im Anlegerschutz auf. Im Fall VW hilft es den Betroffenen nämlich gar nicht. Vielmehr ist der Start des Musterverfahrens erst im Herbst eine Katastrophe. Denn über allem thront hier die drohende Verjährung. Selbst wenn das Musterverfahren also wie angekündigt Ende des Jahres starten wird – für die allermeisten VW-Geschädigten ist das dann zu spät. Sie müssen sich jetzt trotz der Entscheidung des Landgerichts Braunschweig spätestens bis zum 18. September entscheiden, ob sie selbst klagen. Wer dies nicht tut, ist draußen und wird sein Geld nicht wiedersehen, selbst dann, wenn das Musterverfahren später zeigt, dass Ansprüche bestehen.

Wenn nun – was zu erwarten ist – tausende Anleger beschließen, ihre Ansprüche wegen dieser misslichen Verjährungssituation durch eine Klage zu sichern, wird diese Flut an Verfahren die Justiz zudem schlichtweg überfordern – und das trotz Musterverfahren. Wie das in der Praxis aussieht, zeigt uns das Beispiel Telekom eindrucksvoll seit über zehn Jahren.

Vielleicht ist der Zeitpunkt gekommen, über ganz neue Ansätze nachzudenken und die im KapMuG vorgesehenen Antragsmöglichkeiten für Betroffene massiv und alltagstauglich auszubauen. In einem Punkt allerdings hat der Regulierer bereits reagiert: Er hat die Verjährungsfristen weiter gefasst, was zukünftig positiv wirken wird. Den VW-Anleger hilft das heute aber leider noch nicht. Sie müssen sich genau JETZT entscheiden, ob sie ihre Ansprüche sichern.

Ihr Marc Tüngler

Experten-Tipp von Jella Benner-Heinacher

Rechtsanwältin und stellvertretende DSW-Hauptgeschäftsführerin

HV-Besuch ist nicht nur wegen Stimmabgabe sinnvoll

Frage: Mit großem Interesse verfolge ich Ihre Bemühungen als DSW, Anleger auch im Ausland auf den jeweiligen Aktionärsversammlungen zu vertreten. Unter anderem habe ich selbst auch Nokia-Aktien. Lohnt es sich zur Hauptversammlung von Nokia in Finnland zu fliegen oder könnte ich auch anders das Stimmrecht ausüben?

Antwort: Auch in diesem Jahr habe ich die Aktionärsversammlung von Nokia in Helsinki besucht. Nokia-Aktionäre, die im „book entry account“, im finnischen Effektenregister als Aktionär eingetragen sind, können vor der Versammlung bereits ihre Stimmen im sogenannten „Advance Voting“ abgeben. Über die Nokia-Webseite besteht so die Chance ab zirka sieben Wochen bis zu

eine Woche vor der Aktionärsversammlung seine Stimmen bereits abzugeben. Soweit Sie Ihre Nokia-Aktien über einen Nominnee, also zum Beispiel über Ihre Depotbank (custodian) halten, ist das Prozedere etwas schwieriger, aber in Abstimmung mit Ihrer Bank ebenso möglich. Bei der HV von Nokia hat dies dazu geführt, dass der Versammlungsleiter vor dem jeweiligen Tagesordnungspunkt bereits die Anzahl der Ja und Nein-Stimmen vorliegen hatte. Für uns in Deutschland sehr ungewöhnlich – in der HV fand keine Abstimmung mehr statt, da die Mehrheit aller Aktionäre ihre Stimmen im Vorhinein abgegeben hatte. Dennoch empfehle ich grundsätzlich den Besuch der Nokia-Versammlung – allein um den Vorstandsvorsitzenden kennen zu lernen. Die von der DSW dort vertretenen Stimmen wurden im Übrigen in dem Protokoll der Versammlung ausdrücklich erfasst, soweit wir gegen einen Tagesordnungspunkt stimmen wollten.


Gericht soll jetzt Prüfer für VW bestellen

Die Aktionäre der Volkswagen AG haben den Schock der Diesellaffäre noch lange nicht verdaut. Kein Wunder, nachdem das Management des Wolfsburger Autobauers im September vergangenen Jahres zugeben musste, dass die gesetzlich vorgegebenen Abgasgrenzwerte für Dieselfahrzeuge in den USA nur dank des Einsatzes einer Manipulationssoftware eingehalten werden konnten, fiel der Kurs ihrer Aktien dramatisch von über 167 Euro auf nur noch rund 97 Euro. Mittlerweile haben die Papiere sich zwar wieder etwas erholt, liegen aber immer noch deutlich unter dem Wert von vor der Affäre.

Wie die Zukunft des Autobauers aussehen wird, kann zurzeit niemand genau sagen. So ist Volkswagen gemessen an der Zahl verkaufter Fahrzeuge aktuell wieder der größte Autokonzern der Welt. Auf der anderen Seite kündigte Südkorea an, den Verkauf fast aller Volkswagenmodelle stoppen zu wollen, der US-Bundesstaat Washington verhängte eine Strafe von 176 Millionen Dollar gegen VW und ein gerade geschlossener Vergleich mit US-Autokäufern wird mindestens 13,3 Milliarden Euro kosten. Klar ist: Weitere Strafzahlungen werden folgen – wahrscheinlich ebenfalls in Milliardenhöhe.

Vor diesem Hintergrund hat die DSW durch die Nieding+Barth Rechtsanwaltsaktiengesellschaft beim Landgericht Braun-

schweig einen Antrag auf die Einsetzung eines unabhängigen Sonderprüfers für Volkswagen gestellt. Auf der Hauptversammlung (HV) am 22. Juni waren die Anlegerschützer damit noch gescheitert. „Aufgrund der Mehrheitsverhältnisse war schon vor der HV klar, dass das nur der formal notwendige Aufgalopp sein würde“, sagt Klaus Nieding, DSW-Vizepräsident und Vorstand der Nieding+Barth Rechtsanwaltsaktiengesellschaft. „Nun liegt die Entscheidung beim Landgericht Braunschweig. Wir hoffen, dass das Gericht sich uns anschließt, und den Sonderprüfer bestellt“, so Nieding weiter.

Die Klärung der offenen Fragen ist für die Aktionäre von großer Bedeutung: „Sollten die Rückstellungen für Strafzahlungen oder mögliche zivilrechtliche Ansprüche zu niedrig sein, dürfte das gravierenden Einfluss auf das Ergebnis haben“, erklärt DSW-Präsident Ulrich Hocker. Zudem müsse sichergestellt sein, dass die Kontrollmechanismen des Autokonzerns mittlerweile so justiert sind, dass eine Wiederholung unmöglich ist. „Und das würden die Aktionäre sich doch lieber von einem unabhängigen Sonderprüfer bestätigen lassen als von Volkswagen selber“, sagt Hocker. „Die Aktionäre wollen insbesondere untersucht wissen, ob Vorstand und Aufsichtsrat im Zusammenhang mit der Diesel-Thematik ihre rechtlichen Pflichten verletzt haben und wann diese Kenntnis hatten. Die Ergebnisse der Sonderprüfung sollte Volkswagen seinen Anteilseignern dann im Vorfeld der Hauptversammlung 2017 zur Verfügung stellen“, formuliert Nieding das Ziel.

„Für die von uns vertretenen Forderungen über 2,5 Milliarden Euro für institutionelle und private Aktionäre sowie Anleihehaber sind entsprechende Feststellungen des Sonderprüfers ebenfalls von Bedeutung. Zudem können sie dem Zweck dienen, den finanziellen Schaden von der Gesellschaft auf die tatsächlich Verantwortlichen zu verlagern“, so Nieding weiter. Sollten die Ermittlungen des Sonderprüfers ein Fehlverhalten belegen, könnten sich hieraus schließlich durchaus auch Regressansprüche der Gesellschaft gegen die Organe ergeben.

Vorstandsvergütungsstudie: Top-Verdiener kommt aus dem MDAX

Die Gehälter der Chefs – das Thema fesselt Jahr für Jahr wieder die breite Öffentlichkeit. Kein Wunder. Denn neben der Höhe der Jahresbezüge der Top-Manager gibt es auch immer mal wieder Entwicklungen, mit denen nur wenige gerechnet haben: So auch dieses Mal.

Im nunmehr 15. Jahr blickt die DSW schon auf die Gehaltszettel der Vorstandchefs. Seit elf Jahren erstellt sie ihre Vorstandsvergütungsstudie gemeinsam mit dem Lehrstuhl für Controlling der Technischen Universität München. Bei der aktuellen Ausgabe wurden gleich mehrere langjährig gültige Serien beendet: Zum ersten Mal seit etlichen Jahren hat kein DAX-Vorstandschef einen zweistelligen Millionenbetrag verdient. Zudem ist die fünfjährige Vergütungsdominanz des Volkswagen-Konzerns erst einmal vorbei. Doch die wohl dickste Überraschung ist der neue Spitzenreiter: In diesem Jahr kommt der absolute Top-Verdiener nicht von einem DAX-30-Unternehmen.

Den Vogel in puncto Vergütung hat in diesem Jahr ein CEO aus dem MDAX abgeschossen. Mit 9,6 Millionen Euro erhielt Axel-Springer-Vorstandschef Mathias Döpfner das höchste Salär aller analysierten Manager. Insgesamt legte die Vorstandsvergütung im MDAX übrigens um rund 10 Prozent zu, während sie im DAX um etwa 1,8 Prozent zurückging.

Im DAX sorgte insbesondere der Skandal um die manipulierte Abgassoftware für viel Bewegung in der Rangliste. Nicht mehr – wie schon fast traditionell – der Vorstandsvorsitzende des VW-Konzerns führt die DAX-Liste an, sondern mit gut 8,5 Millionen Euro liegt Daimler-Chef Dieter Zetsche vorne. Gefolgt von Karl-Ludwig Kley von der Merck KGaA mit knapp 7,9 Millionen Euro und – immerhin noch auf Rang drei – dem aktuellen VW-Chef Matthias Müller, der rund 7,3 Millionen Euro erhalten hat.

Insgesamt verdiente ein Vorstandsmitglied im DAX-30 (inkl. der Vorstandsvorsitzenden) im vergangenen Jahr im Schnitt 3,3 Millionen Euro und damit leicht weniger als im Vorjahr (3,4 Millionen Euro). Die Spanne zwischen den Unternehmen ist dabei aber recht breit und reicht von durchschnittlich 2 Millionen bei der Commerzbank und 2,1 Millionen für einen Vorstand der Lufthansa bis zu 6,3 Millionen Euro je Mitglied im Merck-Vorstand und 6,97 Millionen Euro bei Volkswagen – die immerhin in dieser Kategorie ihren Spitzenplatz verteidigt hat.

„Das Thema Vorstandsvergütung hat im Laufe der vergangenen 15 Jahre nichts an Aktualität eingebüßt. Ganz im Gegenteil. Insgesamt sind die Aktionäre in 2016 deutlich kritischer geworden, was die Vergütungen der Vorstände angeht“, erläutert DSW-Hauptgeschäftsführer Marc Tüngler mit Blick auf die Zahlen und auf die Abstimmungsergebnisse der Vergütungssysteme bei den Aktionärstreffen.

Die Zustimmungsqoten im DAX sind signifikant geringer ausgefallen als noch in den Vorjahren. Im Schnitt lag die Zustimmung gerade einmal bei gut 76 Prozent. 2015 hatten noch knapp 93 Prozent mit „ja“ gestimmt, 2014 sogar annähernd 96 Prozent. Lediglich E.ON konnte bei der diesjährigen Abstimmung die 90-Prozent-Grenze knacken. Die anderen sieben Unternehmen, bei denen das Thema „Vorstandsvergütung“ auf der Agenda der Hauptversammlung stand, lagen teilweise deutlich unter dieser Schwelle.

Auf den Hauptversammlungen einiger Gesellschaften waren die Diskussionen zu dem Thema in diesem Jahr einmal mehr äußerst kontrovers. So nahm etwa Jenoptik den Punkt „Vorstandsvergütungssystem“ im Vorfeld der Hauptversammlung ganz von der Tagesordnung. Offenbar war der



Gegenwind schon vor dem Aktionärstreffen so stark, dass man keine Abstimmung riskieren wollte.

Die Deutsche Bank ist das Risiko eingegangen und wurde mit einer krachenden Niederlage bestraft. Lediglich 48 Prozent des anwesenden Kapitals stimmten im Rahmen des sogenannten „Say on Pay“ dem vorgestellten Vergütungssystem zu. Aufsichtsratschef Paul Achleitner hat angekündigt, das System anzupassen und dann erneut zur Abstimmung zu stellen. Verpflichtet dazu wäre er nicht gewesen. Die Abstimmung über die Vergütungssysteme der Vorstände ist in Deutschland rechtlich nicht bindend. Dass die Anpassung trotzdem vorgenommen wird, zeigt, dass die Kontrolle durch die Aktionäre zumindest vom Grundsatz her funktioniert.

Und offenbar funktionieren auch die Drosselungsmechanismen. Wenn die Gewinne sinken, dann sinken auch die Bezüge, wie Professor Dr. Gunther Friedl, Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre und Controlling an der TU München, weiß: „Die Vergütung der Vorstände im DAX verringerte sich im Schnitt um 1,8 Prozent. Damit wurde die Lücke zwischen Top-Verdienern und normalen Arbeitseinkommen tatsächlich kleiner. Vorstände verdienen im Schnitt das 50-fache des Durchschnittsgehalts eines DAX-Angestellten. Im Vorjahr war das noch das 54-fache.“

Diversity: Finanzen bleiben „Männerressort“

Beim DAX-Giganten Deutsche Post DHL Group verlässt der bisherige Finanzvorstand Lawrence Rosen nach sieben Jahren seinen Posten. Soweit ein durchaus alltäglicher Vorgang. Doch der Blick auf den Nachfolger offenbart den Nachrichtenwert. Es wird nämlich eine Nachfolgerin werden: Melanie Kreis, bisher Personalvorstand des Unternehmens, wird ab Oktober die Finanzen des Logistikriesen verantworten.

Dass die 45-Jährige gebürtige Bonnerin das Finanzressort übernimmt, ist selbst im Kreis der internationalen DAX-Konzerne ungewöhnlich. Bis dato gibt es mit Simone Menne bei der Lufthansa Group lediglich einen weiteren weiblichen Finanzvorstand. Doch bei Amtsantritt wird Melanie Kreis wieder allein da stehen: Finanzvorstandskollegin Menne hatte erst kürzlich angekündigt, den Konzern zu verlassen und zu einem Pharmaunternehmen zu wechseln.

Frauen in den Vorständen, das ist ohnehin schon bislang zumindest eher die Ausnahme. Nach aktuellen Berechnungen der DSW sind weniger als 10 Prozent der Vorstands-

posten mit Frauen besetzt – von 200 Positionen in den DAX-Tankern sind das gerade mal 19. „Anders als in den Aufsichtsräten, wo viele Unternehmen schon durchaus hohe Frauenquoten aufweisen, ist die Gender-Diversity in den Vorständen zeitlich noch zurück“, so Christiane Hölz, DSW-Landesgeschäftsführerin und Diversity-Expertin. Und tatsächlich zeigt der Blick auf die Kontrollgremien den Unterschied: Bis auf wenige Ausnahmen weisen die DAX-Aufsichtsräte Frauenquoten zwischen 25 und über 40 Prozent aus. Lediglich bei wenigen DAX-Vertretern wie dem Zementhersteller Heidelberg liegt die Quote mit 16,7 Prozent noch klar unterhalb dieser Schwelle.



Tatsächlich ist die Deutsche Lufthansa mit einer Frauenquote von 40 Prozent (zwei der fünf Vorstände sind weiblich) die Ausnahme im DAX. Auch Siemens hat zwar zwei Frauen als Vorstände, allerdings auch insgesamt sieben Posten zu vergeben. Auf der anderen Seite gibt es in insgesamt 14 von 30 DAX-Konzernen aktuell noch gar keine Frau im Vorstand, darunter auch so personell starke Management-Gremien wie Heidelberger Cement (neun Vorstandsposten) oder SAP (acht Vorstände).

In den meisten Fällen wird das Personalressort von einer Frau geleitet, dagegen bleiben die Finanzressorts bislang eine ziemliche Männerdomäne.

Die 45-jährige Melanie Kreis muss also durchaus Pionierarbeit leisten. Dass sie eine ausgesprochene Expertin im Bereich Finanzen ist, hat sie im Unternehmen bereits unter Beweis gestellt. Sie kam 2004 zur Deutschen Post. Im April 2013 wurde sie zur Finanzchefin der Post-Tochter DHL, wo sie ein umfangreiches Effizienzprogramm verantwortete. Im November 2014 wurde sie zur Personalchefin des Deutsche-Post-Konzerns befördert und überzeugte dort, als es ihr gelang, in Verhandlungen die jüngste teure Streikwelle zu beenden.

DSW-Vizepräsident Klaus Nieding in Fachbeirat berufen

Klaus Nieding, Vizepräsident der DSW, wurde vom Bundeswirtschaftsministerium zum Mitglied des Fachbeirats der Abschlussprüferaufsichtsstelle APAS ernannt.

Die im Juni 2016 ins Leben gerufene APAS ist beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) als berufsstandsunabhängige und inhaltlich selbstständige Aufsichtsstelle mit Sitz in Berlin angesiedelt. Sie übernimmt die Aufgaben der bisherigen ehrenamtlichen Abschlussprüferaufsichtskommission. „Ich freue mich sehr darüber, in Zukunft im Fachbeirat der APAS mitarbeiten zu dürfen“, sagt Nieding.

Neben der Fachaufsicht über die Wirtschaftsprüferkammer ermittelt die APAS bei Berufsangehörigen und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften, die Abschlussprüfungen bei Unternehmen von öffentlichem Interesse vornehmen, stichprobenartig ohne besonderen Anlass. Darüber hinaus gibt es anlassbezogene Ermittlungen, soweit sich beispielsweise aus Inspektionen konkrete Anhaltspunkte für Verstöße gegen Berufspflichten ergeben.

Schließlich leistet die APAS einen Beitrag zur Verbesserung der Prüfungsqualität durch aktive Mitarbeit in den europäischen und internationalen Gremien der Prüferaufsichten.

Für etwaige Rückfragen steht Ihnen Klaus Nieding zur Verfügung.
Herr Nieding ist Vizepräsident der DSW.

Sie erreichen Herrn Nieding unter:
Tel.: (069) 2385380
www.niedingbarth.de

HAC-Marktkommentar: Bankenkrise in Italien – am Ende zahlt der Steuerzahler

Liebe DSW-Mitglieder,

die ehrenwerte Idee ist es eigentlich, Gläubiger im Falle einer Bankenpleite zu beteiligen, indem Besitzer von nachrangigen Bankanleihen und Personen mit hohen Bankeinlagen in Mithaftung genommen werden. Man nennt das „Bail-in“. Die Idee, die dahintersteckt, ist das Eingehen zu großer Risiken mit dem Vertrauen darauf, gerettet zu werden, einzudämmen. Doch schon das erste Beispiel in Portugal um die Bank Banif verlief nicht ganz nach Plan: Die Kundeneinlagen wurden verschont.



Der sich nun abzeichnende Fall der Rekapitalisierung einiger italienischer Banken zeigt die Unvereinbarkeit des ursprünglichen Plans mit der Realität. Einerseits ist die direkte Beteiligung von Anlegern politisch heikel. Denn obwohl es sich um eine relativ kleine Gruppe von Betroffenen handelt, erhalten sie die Solidarität der Bevölkerung, weil keiner in die Situation der Enteignung kommen möchte. Politisch ist dieser Schritt deshalb mit einem hohen Reputationsrisiko verbunden. Dagegen ist eine Rekapitalisierung der Banken durch den Staat („Bail-out“) für den einzelnen Bürger weniger konkret mit Verlusten verbunden, auch wenn es sich letztlich um Steuergelder handelt.

Und ein anderer Aspekt ist wichtig. Das wirtschaftliche Risiko eines „Bail-in“ ist groß, weil es andere Anleger von anderen Banken dazu veranlassen könnte, ihre Bankeinlagen abzurufen, um nicht ebenfalls haften zu müssen. Auf diese Weise könnte die Krise einer einzelnen Bank zu einer Krise des gesamten Bankensektors führen. Man darf gespannt sein, wie im aktuellen Fall der am stärksten betroffenen italienischen Bank Monte di Paschi die Lösung aussieht. Deutsche Politiker pochen noch auf den ursprünglichen Plan, Besitzer von Bankanleihen zu beteiligen, doch ein Bail-out zeichnet sich bereits ab. Die italienische Bankenkrise wird nicht auf Italien beschränkt bleiben. Eine europäische Bankenkrise ist nicht auszuschließen.

Ihr
Wolfram Neubrandner
Hanseatischer Anleger-Club (HAC)

Weitere Informationen zum Hanseatischen Anleger-Club finden Sie unter www.hac.de.



Musterverfahren gegen Volkswagen nimmt Fahrt auf

Das Landgericht Braunschweig hat dem Oberlandesgericht Braunschweig mit Beschluss vom 5. August 2016 tatsächliche und rechtliche Fragen zum Dieselsegate-Skandal und den daraus resultierenden Ansprüchen geschädigter Aktionäre zur Feststellung vorgelegt. Damit nimmt das Kapitalanleger-Musterverfahren endlich Fahrt auf.

Der nun erlassene Beschluss des Landgerichts Braunschweig stellt einen wichtigen Verfahrensschritt der gerichtlichen Aufarbeitung des Dieselskandals dar. In diesem Beschluss legt das Landgericht Braunschweig sogenannte Feststellungsziele fest. Dabei handelt es sich um Fragen zu zahlreichen Einzelheiten des Diesel-Skandals, aber auch um Rechtsfragen zu den Ansprüchen geschädigter Aktionäre.

Die von dem Landgericht Braunschweig angesprochenen Gesichtspunkte betreffen den gesamten Zeitraum des Dieselskandals, von der ursprünglichen Entscheidung für die illegale Abschalteneinrichtung im Jahre 2005/2006, über die anschließenden Ermittlungen von US-Umweltbehörden, bis zum öffentlichen Bekanntwerden des Diesel-Skandals im September 2015. Diese Fragen sind nun in einem Kapitalanleger-Musterverfahren für alle anhängigen Rechtsstreite einheitlich zu beantworten. „Wir freuen uns, dass die rechtliche Aufklärung des Dieselskandals nun endlich Fahrt aufnimmt, nachdem Volkswagen bislang jegliche Mitwirkung an einer Aufarbeitung der Vorwürfe verweigert hat“, sagt Klaus Nieding, Vizepräsident der DSW. Dies gelte insbesondere für die geschädigten Aktionäre der Volkswagen AG, aber auch für deren Anleihegläubiger bis hin zu Aktionären der Porsche SE, deren Anspruchsberechtigung gleichermaßen in dem anstehenden Kapitalanleger-Musterverfahren geklärt werden soll.

Anders als aus dem amerikanischen Rechtsraum bekannt, profitieren aber nur diejenigen Aktionäre von dem Musterverfahren, die ihre Ansprüche gerichtlich geltend machen.

„Anleger, die passiv auf den Ausgang des Musterverfahrens warten, könnten ihre Ansprüche endgültig verlieren. Dies insbesondere mit Blick auf die zum 18. September 2016 drohende Verjährung. Wer jetzt weiter passiv bleibt, könnte am Ende leer ausgehen“, warnt Nieding. Es sei daher unbedingt notwendig, die entstandenen Ansprüche auch gerichtlich geltend zu machen. Nur so könne man von dem Musterverfahren profitieren.

„Mit der Eröffnung des Musterverfahrens ist wohl kaum vor Ablauf der Verjährungsfrist zu rechnen“, ergänzt Nieding. Jeder Geschädigte müsse deshalb vorab die Verjährung durch Klageerhebung unterbrechen, um nicht seiner Ansprüche verlustig zu gehen. „VW hat, mit der Ablehnung auf die Einrede der Verjährung zu verzichten, gezeigt, dass der Konzern auch darauf setzt, dass etliche Ansprüche verjähren“, so Nieding weiter.

Für eine Anspruchsverfolgung spricht, dass die Erfolgsaussichten sich mit zunehmender Aufklärung des Dieselskandals weiter verbessert haben. Hier haben die amerikanischen Staatsanwaltschaften eine Vorreiterrolle eingenommen. So stellte laut Medienberichten der amerikanische Staatsanwalt Eric Schneider fest, „dass wissentlich und willentlich, gerissen und zynisch mit dem Wissen des Topmanagements betrogen wurde“. Nieding rät geschädigten Anlegern daher dringend dazu, die Anspruchsverfolgung nun aufzunehmen, bevor solche Ansprüche am 18. September 2016 möglicherweise verjähren. Interessierte Anleger können sich auf der eigens eingerichteten Homepage www.wolfsburggate.de über die nächsten Schritte informieren und registrieren.

Für etwaige Rückfragen steht Ihnen Klaus Nieding zur Verfügung. Herr Nieding ist Vizepräsident der DSW.

Sie erreichen Herrn Nieding unter
 Tel.: (069) 2385380
www.niedingbarth.de

Franz Ferdinand Badelt: Rede auf der Hauptversammlung der Greenwich Beteiligungen AG

Auf der Homepage wird die Greenwich Beteiligungen AG als „moderner Dienstleister im Bereich Bridge Financing und Venture Capital im vorbörslichen Beteiligungsgeschäft“ beschrieben. Nachdem im März 2015 das größte Investment, nämlich die CCP Systems AG, Insolvenz angemeldet hatte und die Beteiligung der Venturi Inc. im gleichen Monat mehr oder minder erfolgreich veräußert werden konnte, wird aktuell nur noch die Cybits Holding AG verwaltet.

Bei der Cybits Holding AG aber ist es so, dass diese am 04. Dezember 2015 mitteilte, dass der Widerruf der Zulassung der Aktien zum Regulierten Markt der Deutschen Börse Frankfurt zum 14. Januar 2016 wirksam wird. Entsprechend wurde auch diese Beteiligung im Jahresabschluss der Greenwich Beteiligungen AG abgeschrieben. Auch die Beteiligung an der PNE Wind AG wurde abgeschrieben.

Da stellt sich nun die Frage, welche Dienstleistungen die Greenwich Beteiligungen AG noch erbringt? Wird bei der Greenwich Beteiligungen AG überhaupt noch etwas ge- und erwirtschaftet?

Wenn man den Jahresabschluss liest, ist hiervon eher nicht auszugehen, angesichts der Pleiten, Pech und Pannen, die die Greenwich Beteiligungen AG vorzuweisen hat. Entsprechend lässt der Vorstand auch mitteilen, dass er die wirtschaftliche Lage des Unternehmens als „äußerst unbefriedigend“ beurteilt. Das ist noch sehr nett ausgedrückt. Das Unternehmen liegt am Boden!

Die gesamte Rede von Herrn Badelt finden Sie [hier](#).

Franz Ferdinand Badelt: Rede auf der Hauptversammlung der Euromicron AG

Die Euromicron AG hat schwere Zeiten hinter sich. Das letzte Jahr war geprägt von Reorganisation und Neuausrichtung. Dabei hat die Euromicron AG nicht nur eine Restrukturierung und Straffung der Konzernstrukturen vorgenommen, sondern auch eine strategische Fokussierung vollzogen. Dass die Reorganisation nicht nur eine Bekämpfung von Strohfeuern war zeigt sich daran, dass der Konzernumsatz trotz der erfolgten Neuausrichtung beinahe gleich geblieben ist. Hierfür ist durchaus ein Lob angebracht, das der neuen Führung gebührt.

Fernab hiervon jedoch ergeben sich aus dem Geschäftsbericht und der heutigen Tagesordnung folgende Anmerkungen und Fragen:

Zuallererst liest sich der Bericht des Aufsichtsrats teilweise wie ein schlechter Scherz. Floskelhaft wird zu Beginn des Berichts ausgeführt, dass der Aufsichtsrat die Leitung des Unternehmens durch den Vorstand kontinuierlich überwacht und den Vorstand regelmäßig beraten hat. Hiermit kann aber nur die Arbeit des neuen Vorstandes gemeint sein!

Hätte der Aufsichtsrat eben diese Arbeitsweise in früheren Jahren an den Tag gelegt, wäre die Euromicron AG nicht in der Situation, in der sie sich nun befindet.

Bekanntlich wurde dem ehemaligen Vorstand viel zu lange tatenlos dabei zugesehen, wie dieser einen Fehler nach dem anderen machte, ohne hiergegen einzuschreiten. Das Ergebnis ist bekanntlich das - wie es der derzeitige Vorstand in seinem Vorwort ausdrückt - schwierigste Jahr in der Geschichte der Euromicron AG.

Herr Dr. Späth hat seinerzeit nicht auf die Profitabilität der zu erwerbenden Unternehmen geachtet und auch kein ausreichendes Risikokontrollsystem implementiert. Ein ausreichend funktionierendes Kontrollsystem hätte aber gerade die Schiefelage, in der sich die Euromicron AG nun befindet, verhindern können!

Die gesamte Rede von Herrn Badelt finden Sie [hier](#).

Wolfgang Schärfe: Rede auf der Hauptversammlung der Syzygy AG

Mit Blick auf das EBIT und die EBIT-Marge kann man durchaus zufrieden sein mit dem vergangenen Geschäftsjahr. Es scheint weiter ein wenig aufwärts zu gehen mit der Syzygy AG.

Das Ergebnis je Aktie mag erfreulicher Weise auf 0,37 Euro gestiegen sein. Es ist jedoch noch immer sehr gering, vor allem im Vergleich zum Geschäftsjahr 2012, als das Ergebnis je Aktie zumindest noch 0,73 Euro betrug. Nach wie vor sind also Zahlen wie im Geschäftsjahr 2012 in weiter Ferne und die Aktie selbst stellt noch immer einen Pennystock dar.

Im Prognosebericht wird hierzu – wie in den Jahren zuvor – davon ausgegangen, dass die Umsatzerlöse im laufenden Geschäftsjahr organisch um mindestens 10 Prozent auf mehr als 63 Millionen Euro steigen sollen. Das EBIT wird voraussichtlich proportional zu den Umsatzerlösen steigen.

Woher kommt auch der unbändige Optimismus, dass sich das operative Ergebnis weiterhin „überproportional“ erhöhen wird? Der Geschäftsbericht bleibt genauere Aussagen hierzu schuldig.

Die gesamte Rede von Herrn Schärfe finden Sie [hier](#).



Die Katze ist aus dem Sack

Was die Entwicklung der Konjunktur angeht, drehte sich im Juli alles um die Frage, welche Streueffekte das Brexit-Votum auf die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands, der Eurozone und den USA haben würde. Die jüngst veröffentlichten Kennzahlen haben nun einen Vorgeschmack darauf gegeben.

Um es vorwegzunehmen: Die Deutsche Wirtschaft sieht dem EU-Austritt Großbritanniens gelassen entgegen. Vor allem auf Unternehmensebene halten sich die Sorgen in Grenzen. So ist der ifo-Geschäftsklimaindex im Juli nur leicht von 108,7 auf 108,3 Prozent gesunken. Rund 62 Prozent der befragten deutschen Unternehmer rechnet zudem mit keinen negativen Auswirkungen für die heimische Wirtschaft. Dementsprechend stabil präsentiert sich auch der Einkaufsmanagerindex der Industrie. Im Juli sank er nur leicht um 0,7 auf 53,8 Punkte. Damit bewegt sich das Stimmungsbarometer noch immer auf einem hohen Niveau.

Die Arbeitsmarktlage lässt ebenfalls Zuversicht aufkommen. Zwar ist die Zahl der Arbeitssuchenden im Juli im Vergleich zum Vormonat um 47.000 auf knapp 2,7 Millionen gestiegen. Der Zuwachs ergibt sich jedoch aus der hohen Zahl der Schulabgänger, die sich als arbeitslos melden, während die Betriebe meist erst nach den Ferien neue Mitarbeiter einstellen. Saisonbereinigt ist die Arbeitslosenzahl daher sogar um 7000 gefallen. Angetrieben wird die deutsche Wirtschaft auch vom starken Binnenkonsum. Wegen der guten Arbeitsmarktlage befürchten lediglich 3 Prozent der Deutschen ihren Arbeitsplatz zu verlieren. Dementsprechend positiv hat sich laut dem GfK-Konsumklimaindex auch die Anschaffungsneigung entwickelt: sie stieg im Juli um einen Punkt auf 55,4 Zähler. Schlechter sieht es bei den Exportzahlen aus; im Juni legten die Ausfuhren lediglich

um 0,3 Prozent zu. Das Bruttoinlandsprodukt wuchs daher im zweiten Quartal lediglich um 0,4 Prozent. Im ersten Quartal betrug das Wachstum noch 0,7 Prozent

Großbritannien verliert den Anschluss

Die Eurozone präsentiert sich angesichts des Anti-EU-Votums der Briten ebenfalls erstaunlich robust. Der zusammengesetzte Einkaufsmanagerindex der Industrie und des Dienstleistungssektors ist im Juli nur leicht um 0,2 auf 52,9 Punkte gefallen. In Großbritannien hingegen rutschte der Industrieindex um fast 4 auf 48,2 Punkte ab, der Dienstleistungsindex gab sogar 5 Punkte auf 47,4 Zähler nach. Ähnliches gilt für die Wirtschaftsstimmung. Während das Economic Sentiment der Eurozone im Juli auf 104,6 Punkte gestiegen ist, sank er in Großbritannien um 4,4 auf 102,6 Punkte.

US-Arbeitsmarkt sorgt für Überraschung

In den USA kommt die Wirtschaft derweil immer mehr in Fahrt. Vor allem der Arbeitsmarkt sorgte für eine positive Überraschung. Mit 255.000 wurden im Juli deutlich mehr Stellen geschaffen als erwartet. Erfreuliche Meldungen kamen auch aus dem Einzelhandel. Dort legten die Umsätze im Juni um 0,6 Prozent und im gesamten zweiten Quartal um 5,9 Prozent zu. Der ISM-Index der Industrie musste zwar einen leichten Dämpfer hinnehmen, er sank im Juli von 53,2 auf 52,6 Punkte. Doch wie im Falle Deutschlands bewegt sich der Index damit noch immer auf einem hohen Niveau. Lediglich beim Wachstum enttäuschte die größte Volkswirtschaft der Welt. Im zweiten Quartal wuchs das BIP um 1,2 Prozent. Volkswirte hatten im Vorfeld mit mehr gerechnet. Die Enttäuschung dürfte sich allerdings in Grenzen halten. Denn einer der wichtigsten Triebfedern der US-Wirtschaft – der Binnenkonsum – könnte angesichts der starken Arbeitsmarktlage an Dynamik gewinnen. Darauf lässt die Sparquote schließen, die im Juli von 6,1 auf 5,5 Prozent gesunken ist.



Börsen im Sommerfieber

Das Brexit-Votum und die Fed haben die Börsen im vergangenen Monat noch in Schach gehalten. Doch im Juli starteten DAX & Co. durch. Vor allem in Frankfurt sprangen die Aktienmärkte deutlich ins Plus.

Auf Monatssicht hat der DAX fast 11 Prozent zugelegt und bei 10.701 Punkten ein neues Jahreshoch markiert. Damit macht der Leitindex den katastrophalen Jahresstart vergessen, bei dem Sorgen um die Entwicklung der globalen Konjunktur den DAX bis auf 8700 Punkte abstürzen ließen. Zwar fiel die Bilanzsaison im zweiten Quartal bei zahlreichen Dax-Konzernen gemischt aus, vor allem Finanz- und Versorgerwerte enttäuschten. Doch starke Konjunkturdaten aus Deutschland und vor allem die Geldpolitik der Notenbanken sorgten für Kauflaune. EZB-Präsident Mario Draghi ließ bei der vergangenen Zinssitzung verkünden, dass im Zweifelsfall das Anleihekaufprogramm bis Ende 2017 verlängert werden könnte. Hintergrund ist der Brexit, dessen negative Auswirkungen für die Wirtschaft im Euroraum sich bislang noch Grenzen halten, aber künftig durchaus ein Belastungsfaktor für die Wirtschaft sein könnte.

Londoner Börse profitiert von Leitzinssenkung

Die Bank of England hat auf die möglichen konjunkturellen Konsequenzen bereits reagiert. Die englische Notenbank senkte Anfang August den Leitzins auf ein historisches Tief von 0,25 Prozent. Außerdem stellte sie weitere Zinssenkungen und den Kauf von Anleihen in Aussicht. An den Aktienmärkten in London kam die Entscheidung der Bank of England gut an. Der FTSE 100, der bis dahin eine Seitwärtstendenz aufwies, schoss deutlich ins Plus und legte auf Monatssicht um knapp 4 Prozent zu. Auch auf europäischer Ebene legten die Aktienmärkte eine ordentliche Leistung hin. Der EuroStoxx 50 stieg in den vergangenen 30 Tagen um fast 7 Prozent.

Deutsche Banken enttäuschen bei Stresstest

Für ein kurzes Störfeuer sorgte hingegen der Bankenstresstest der EZB. Dabei enttäuschten vor allem die Ergebnisse der Deutschen Bank und der Commerzbank. Zeitweise gerieten dadurch die Aktien der beiden Finanzinstitute und damit auch der DAX unter Druck. Allerdings erholten sich die Papiere recht schnell wieder von den Verlusten. Zusammen mit überraschend starken Arbeitsmarktdaten aus den USA gewann so auch der DAX wieder an Fahrt.

Schwaches BIP-Wachstum bremst Dow Jones

Aufgehellt wurde die Stimmung zudem durch die Fed. Die US-Notenbank bleibt trotz guter Jobdaten zurückhaltend bezüglich weiterer Zinserhöhungen. An dieser Haltung dürfte sich bis zu den Präsidentschaftswahlen in den USA auch nichts ändern. Als weitere Kursstütze erwiesen sich die Rohölmärkte. Der Preis für ein Barrel Rohöl der Sorte Brent stieg Anfang August innerhalb einer Woche um rund sieben Prozent. Das Plus ist dabei vor allem auf die höhere weltweite Öl-Nachfrage zurückzuführen, was auf eine Erholung der globalen Konjunktur hinweist. Trotz der zahlreichen positiven Signale konnte der Dow Jones nicht wirklich überzeugen. In den vergangenen 30 Tagen legte der New Yorker Leitindex mit einem Plus rund 2 Prozent vergleichsweise wenig zu. Ausgebremst wurde der Dow Jones auch vom BIP-Wachstum in den USA. Das fiel im zweiten Quartal mit einem Plus von 1,2 Prozent etwas schwächer aus als erwartet.

Konjunkturpaket treibt Nikkei ins Plus

Besser präsentierten sich die Aktienmärkte in Japan. Um der schwächelnden Wirtschaft unter die Arme zu greifen hat die Regierung unter Premierminister Shinzo Abe ein weiteres milliardenschweres Konjunkturpaket aufgelegt. Nun blicken die Investoren auf die Bank of Japan. In Erwartung auf eine weitere Lockerung der Geldpolitik seitens der japanischen Notenbank griffen zahlreiche Anleger bei japanischen Titeln zu. Der Nikkei legte auf Monatssicht rund 11 Prozent zu.

Veranstaltungen

Aktien- und Anlegerforen

Im Rahmen unserer **kostenfreien und für jedermann zugänglichen** Aktien- und Anlegerforen präsentieren sich deutsche und internationale Publikumsgesellschaften. So können sich auch Privatanleger aus Quellen informieren, die sonst nur institutionellen Investoren und Analysten eröffnet sind - so z.B. der unmittelbaren Diskussion mit dem Management. Alle Aktienforen beginnen jeweils um 18:30 Uhr und enden um ca. 21:00 Uhr.

Anmeldungen für alle Aktienforen bitte an:
seminare@dsw-info.de

➤ **Veranstaltungsübersicht**



Aufgrund der Sommerferien sind im August keine Veranstaltungen geplant. Ab September finden jedoch wieder zahlreiche Aktien- und Anlageforen statt. Auf unserer Internetseite sehen Sie bereits einige geplante Veranstaltungen.

Terminverschiebungen sind grundsätzlich möglich. Bitte besuchen Sie daher unsere Veranstaltungsseite auf www.dsw-info.de oder wenden sich an seminare@dsw-info.de. Dort finden Sie weitere Termine und können sich auch für obige Aktienforen anmelden. Die Teilnahme an den Aktienforen ist kostenlos.

Impressum

DSW – Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz e.V.

Peter-Müller-Str. 14 40468 Düsseldorf
 Tel.: 0211-6697-02 Fax: 0211-6697-60
 E-Mail: dsw@dsw-info.de www.dsw-info.de

GESCHÄFTSFÜHRUNG:

Marc Tüngler (Hauptgeschäftsführer), Jella Benner-Heinacher (stv. Hauptgeschäftsführerin), Thomas Hechtfischer (Geschäftsführer)

Vereinsregister, Registergericht Düsseldorf - Registernummer VR 3994

REDAKTION:

Christiane Hölz (DSW e. V.)
 Franz von den Driesch (newskontor GmbH)

Alle im DSW-Newsletter publizierten Informationen werden von der Redaktion gewissenhaft recherchiert. Für die Richtigkeit sowie für die Vollständigkeit kann die Redaktion dennoch keine Gewähr übernehmen.

WERBUNG:

DSW Service GmbH - Peter-Müller-Str. 14 - 40468 Düsseldorf

GESCHÄFTSFÜHRUNG:

Thomas Hechtfischer, Marc Tüngler

ANSPRECHPARTNER:

Christiane Hölz, 0211-6697-15; christiane.hoelz@dsw-info.de
 Handelsregister, Amtsgericht Düsseldorf unter HR B 880
 Steuer-Nr. 105/5809/0389; USt-ID-Nr. 119360964

TECHNISCHE UMSETZUNG:

Zellwerk GmbH & Co. KG

BILDNACHWEIS:

Seite 1 und 2: Matthias Sandmann; Seite 3: © tanawatpontchour - Fotolia.com; Seite 4: © .shock - Fotolia.com; Seite 6: © shantihesse - Fotolia.com; Seite 1-7 & 10: © H-J Paulsen - Fotolia.com; Seite 8 © EvrinKalinbacak - Fotolia.com; Seite 9: © Petrus Bodenstaff - Fotolia.com; Seite 10 © gena96 - Fotolia.com

1947 gegründet

1 Zentrale und 8 Landesverbände

Mehr als 25 000 Mitglieder

Dachverband der 7000 deutschen Investmentclubs

52-mal pro Jahr kostenlos das Wirtschaftsmagazin FOCUS-MONEY

Über 100 Seminare p. a. speziell für Anleger

Interessenvertretung auf über 650 Hauptversammlungen

Griechenland-Arbeitsgemeinschaft

Unabhängige und interessenfreie Informationen über Ihre Anlagen

Analyse und kritische Bewertung der Management-Aktivitäten

Kostenlose außergerichtliche Erstberatung der DSW-Mitglieder



Nutzen Sie die Kompetenz von FOCUS-MONEY

Sie wollen detaillierte Hintergrundinformationen und seriöse Anlagetipps? DSW-Mitglieder erhalten FOCUS-MONEY, Deutschlands modernes Wirtschaftsmagazin, im kostenlosen Abonnement wöchentlich frei Haus.

DSW
 Die Anlegerschützer

Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz e. V.

JA! Ich möchte DSW-Mitglied werden

Name, Vorname

Straße, Nr.

PLZ, Ort

Datum, Unterschrift

 Den Jahresbeitrag in Höhe von €125,00 zahle ich per Rechnung bequem durch Bankeinzug

Bank

Kontonummer

BLZ

Coupon bitte vollständig ausfüllen und unterschreiben.

Per Post senden an:

 DSW –
 Deutsche Schutzvereinigung
 für Wertpapierbesitz e. V.
 Postfach 350163
 40443 Düsseldorf

Telefon: 02 11/66 97 01 oder 02 11/66 97 22

Telefax: 02 11/66 97 60

 Internet: www.dsw-info.de

 E-Mail: dsw@dsw-info.de

ab sofort: große DSW-Aktion

Jetzt

DSW-Mitglied werden

 inklusive **FOCUS-MONEY**

erst ab 2017 zahlen